

Beginn: 10:02 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, der 47. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich zehn Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir haben heute zwei Geburtstagskinder unter uns. Frau Margret Gottschlich von der SPD-Fraktion wird heute 58 Jahre alt, und Herr Wilfried Grunendahl von der CDU-Fraktion wird heute 54 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, **vor Eintritt in die Tagesordnung** möchte ich Ihnen noch einen Hinweis zum Tagesordnungspunkt „Qualitäten für Kinder und Jugendliche nach der Föderalismusreform sichern“ geben: Auf Antrag der antragstellenden Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben sich die Fraktionen entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung darauf verständigt, den vorgenannten Punkt von der Tagesordnung zu nehmen und ihn für die Plenarsitzung im Januar vorzusehen. Die bisherigen Tagesordnungspunkte 9 bis 11 werden entsprechend zu Tagesordnungspunkten 8 bis 10. Gibt es dazu Wortmeldungen oder Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die **Änderung der Tagesordnung beschlossen**.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

1 Gesetz zur Änderung des Haushaltsstrukturgesetzes 2006 und über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2006 (Nachtragshaushaltsgesetz 2006)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2840

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/3070

zweite Lesung

dritte Lesung

Ich eröffne die Beratung und gebe für die SPD-Fraktion Frau Walsken das Wort. Bitte schön.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In elf Tagen geht dieses Jahr zu Ende – Rüttgers „Jahr der Kinder“. Wenn wir zurückschauen, stellen wir fest: Es war das Jahr der Kürzungen bei den Kindern,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

der schlimmsten Kürzungen seit Langem, der Kürzungen bei denjenigen, die sich am wenigsten wehren können – bei den Kleinsten. Und gleichzeitig war es das Jahr der höchsten Steuereinnahmen seit Langem. Wir wissen heute sicher: Mehr als 2 Milliarden € sind zusätzlich in die Kassen unseres Landes gesprudelt, weil die wirtschaftliche Lage sich deutlich entspannt und verbessert hat. Rüttgers kürzt bei den Kleinen, den Jugendlichen und den Familien über 300 Millionen €, während er gleichzeitig 2 Milliarden € zusätzlich einnimmt. Das, meine Damen und Herren, ist das wahre Gesicht des selbst ernannten Sozialpolitikers Rüttgers.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist die echte, die lebensnahe Sozialpolitik der Damen und Herren aus CDU und FDP. Heute werden wir Sie an dem messen, was Sie wirklich tun. Hier und heute haben Sie letztmalig für dieses Jahr die Chance, Ihre Politik zu korrigieren. Noch ist es nicht zu spät.

Es gibt viele, die Sie in den letzten Wochen und Monaten gewarnt haben, den Landesjugendplan nicht zu kürzen, gewarnt haben, nicht durch zusätzliche Kürzungen in die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher in den Kindergärten einzugreifen. Genau das Gegenteil haben Sie getan. Gerade dort haben Sie mehr als 160 Millionen € weniger in die frühkindliche Erziehung und Bildung gesteckt. Es gab einen Aufschrei aus den Kommunen – wir können es seit Tagen in den Zeitungen lesen –, die die Lasten Ihrer Politik nicht weiter tragen können. Doch jetzt wurde sogar „von oben“ angewiesen, diese Lasten auf die Schultern der Eltern zu schieben. Das ist die Politik von CDU und FDP in diesem Land!

(Beifall von der SPD)

Wenn wir genauer hinschauen, dann sehen wir, dass einige Städte, insbesondere die mit Not haushalten, gezwungen werden, ihre Elternbeiträge zum Beispiel bis zu 300 % wie in Gelsenkirchen, in Mönchengladbach oder in Köln zu erhöhen. Ich bin froh, meine Damen und Herren, dass diese Städte Ihnen auf der rechten Seite des Parlamentes jetzt die rote Karte zeigen und sich weigern, diesen Druck von oben an die Eltern weiterzugeben.

(Beifall von der SPD)

Gelsenkirchen ist an die Spitze getreten. Es werden weitere Städte folgen. Ich bin sicher: Das ist noch nicht das Ende.

Meine Damen und Herren, es geht aber nicht nur um das Geld, auch wenn wir heute über den Nachtragshaushalt reden. Es geht auch um die Inhalte Ihrer Politik und ihre Auswirkungen.

Durch die Erhöhung der Elternbeiträge ist damit zu rechnen, dass Kinder vom Kindergarten abgemeldet werden. Das beeinträchtigt die Lebenschancen von Kindern, denn – ich denke, das musste auch Ihnen klar sein – je früher Bildung beginnt, umso größer sind die individuellen Vorteile für die spätere Kinderbiografie.

Wer das „Jahr des Kindes“ nur auf die Schule reduziert, unterliegt einem fundamentalen programmatischen Irrtum, der durch alle internationalen Studien eindrucksvoll widerlegt wurde.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Kinder, meine Damen und Herren, lernen von Geburt an. Das ist die entscheidende Basis. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen aus CDU und FDP, ist Ihr Politikansatz unsozial.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn wir einen Moment innehalten und noch einmal an den schrecklichen Tod des vernachlässigten kleinen Jungen in Thüringen denken, dann sehen wir das auch hier. Die Verbände beklagen – Gott sei Dank – deutlich den Kollaps des Kinderschutzes, weil die Investitionen in das Kinder- und Jugendhilfesystem auch in diesem Lande fehlen. Genau an dieser Stelle sind sie aber nötig. Die Prävention ist der einzige Weg, Vernachlässigung, Verwahrlosung, aber auch Misshandlung von Kindern gar nicht erst entstehen zu lassen.

Wir wissen: Oft sind es die Eltern, die überfordert sind. Drogen- und Alkoholabhängigkeit sind häufig genannte Ursachen. Aber, meine Damen und Herren, genau hier haben Sie im Haushalt 2006 gekürzt: bei der Bekämpfung von Sucht, bei den Beratungsstellen „Frauen und Gesundheit“, bei den regionalen Arbeitsstellen, bei aufsuchender Hilfe und in der Familienhilfe und der Familienbildung.

(Minister Armin Laschet: Stimmt doch gar nicht!)

Meine Damen und Herren, das war falsch. Diese Landesregierung handelt unsozial. Sie enttäuscht die Menschen in diesem Lande.

(Beifall von der SPD)

Deshalb sagen wir deutlich: Diese Koalition ist eine Koalition der Täuschung, aber auch der Enttäuschung.

(Beifall von der SPD)

Wer Prävention will, darf nicht die Familienhilfe kürzen. Wer Sozialpolitiker sein will, kürzt nicht bei der Drogenberatung. Wer das „Jahr des Kindes“ proklamiert, darf in diesem Jahr nicht 20 Millionen € bei der Kinder- und Jugendarbeit kürzen. Meine Damen und Herren, das sind 1 % der Steuermehreinnahmen in diesem Jahr. 1 % von 2 Milliarden €

(Beifall von der SPD)

Ich sage deutlich für die SPD-Fraktion: Wir sind bereit, das mit Ihnen heute noch zu korrigieren. Wir sind bereit, aus der Summe der Steuermehreinnahmen 20 Millionen € in die Hand zu nehmen und sie gezielt nicht in den Schuldenabbau zu stecken, sondern in die Zukunft unserer Kinder zu investieren, meine Damen und Herren. Dazu sind wir bereit!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und da lasse ich mir sehr gerne von Finanzpolitikern vorhalten, wir wollten ja nur mehr Geld ausgeben. Aber ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz bewusst: Eine Investition in die Zukunft unserer Kinder ist nachhaltiger als eine bloße Investition in den Abbau von Schulden. Das ist uns wichtig, meine Damen und Herren. Dazu fordern wir Sie auf. Deshalb werden wir diesen Nachtragshaushalt ablehnen und sie ständig daran erinnern, wie unsozial Ihre Politik ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Walsken. – Für die CDU spricht nun der Kollege Klein.

Volkmar Klein (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach langen Regierungsjahren vor allen Dingen auch der sozialdemokratischen Partei war Nordrhein-Westfalen doch das Land, wo diejenigen, die nicht aus dem richtigen Elternhaus kamen, die schlechtesten Chancen gerade im Bildungswesen hatten.

(Beifall von CDU und FDP)

Deswegen wundert mich der Beitrag von Frau Kollegin Walsken nun sehr.

(Gisela Walsken [SPD]: Danke! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich glaube, dass wir den größten Erfolg genau für die Zielgruppe, für die Frau Kollegin Walsken gerade vorgegeben hat, 20 Millionen € einsetzen zu wollen, dadurch erzielt haben, dass der Unterrichtsausfall in diesem Land bereits im Jahr nach der Regierungsübernahme halbiert werden konnte.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen und Zurufe von der SPD)

Das hilft den jungen Menschen. Wenn darüber hinaus noch festzustellen ist, dass die Zahl der Arbeitsplätze steigt und dass die Nettokreditaufnahme sinkt, dann verstehe ich den Ärger, der aus den Worten meiner Vorrednerin spricht, aber ich sehe darin vor allen Dingen eine Freude und einen Erfolg für unser Land Nordrhein-Westfalen.

(André Stinka [SPD]: Aber nicht auf Ihrem Fundament!)

Jahrelang hat sich Nordrhein-Westfalen gefürchtet

(Zuruf von der SPD: Vor der CDU!)

vor Nachtragshaushalten. Heute können wir einen Nachtragshaushalt feiern.

(Lachen von der SPD)

Jahrelang war ein Nachtragshaushalt in diesem Land Synonym für weitere Erhöhungen der Nettokreditaufnahme, Synonym für noch mehr Schulden, Synonym für noch mehr Zinsen in der Zukunft, die die heutigen Kinder zu zahlen haben, Synonym für noch weniger Gestaltungsmöglichkeiten in der Zukunft, Synonym für noch weniger Generationengerechtigkeit.

Das alles ist jetzt anders. Jetzt ist der Nachtragshaushaltsplan, den wir heute zu beschließen haben, das genaue Gegenteil von dem, was in der Vergangenheit üblich war. Wir müssen weniger Kredite aufnehmen, als wir noch Anfang des Jahres geplant haben. Das sollte für uns alle in diesem Haus Grund zur Freude sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist natürlich das Ergebnis einer sehr günstigen Entwicklung in diesem Jahr, das ist aber auch das Ergebnis von Anfang des Jahres sinnvollerweise vorsichtig geschätzten Steuereinnahmen, und das ist das Ergebnis einer konsequenten Sparpolitik für die Zukunft, für die Kinder in unserem Land.

(Zuruf von der SPD: Lächerlich!)

Als Ergebnis können wir feststellen, dass wir heute mit dem Nachtragshaushaltsplan beschließen können, 1,480 Milliarden € weniger Kredite auf-

nehmen zu müssen. Immer noch ist die Nettokreditaufnahme mit 4,11 Milliarden € viel zu hoch. Aber wir wollen all das, was an Steuern hereinkommt, und all das, was nicht in den Länderfinanzausgleich geht, in die Reduzierung der Nettokreditaufnahme stecken.

Sie sagen jetzt: Sie hätten gleich am Anfang des Jahres höher schätzen können, Sie könnten immer noch höher schätzen. – Ich muss mich schon ein bisschen wundern. Denn wenn Sie uns jetzt vorwerfen, Steuereinnahmen falsch zu schätzen, dann ist das vor dem Hintergrund, wie falsch Sie in der Vergangenheit immer Steuern geschätzt haben, absurd.

(Beifall von der CDU)

Bei Ihnen waren aufgrund der Steuerschätzungen in einigen Jahren über 3 Milliarden € mehr Einnahmen im Haushaltsplan eingestellt, als hinterher hereinkamen. Das ist aber nur auf den ersten Blick absurd; auf den zweiten Blick ist es eher gefährlich für Nordrhein-Westfalen, weil Sie mit diesen Steuermehreinnahmen etwas anderes machen wollen als wir. Bei uns ist klar: mehr Steuern – weniger Schulden, mehr Steuern – mehr Zukunft für die Kinder und die heute Jungen in unserem Land.

(Beifall von CDU und FDP)

Darüber lassen wir keinen im Unklaren.

(Zuruf von der SPD: Aber im Regen stehen!)

Was wir aber nicht abschätzen können, sind die Ausschläge der Steuereinnahmen, die gerade im Dezember besonders groß sind. Wir kennen die endgültige Steuerposition zum Jahresende nicht. Aber wenn noch mehr Steuern hereinkommen sollten, dann ist keiner in diesem Lande im Unklaren darüber, was damit passiert: Die Nettokreditaufnahme wird dann nämlich weiter reduziert. Bessere Steuerschätzung – das sollten Sie sich von unserem ehemaligen Ministerpräsidenten Steinbrück ins Stammbuch schreiben lassen – ist eben nicht Haushaltsverbesserung, wenn man auf einem so niedrigen Niveau anfangen muss, wie wir das im Moment machen.

„Rechnet Euch nicht die Steuern schön, weil sonst der Haushalt wieder in die Schieflage kommt!“ – das mahnt auch Dieter Engels, der Präsident des Bundesrechnungshofs.

Mein Vorwurf an Sie ist nicht, dass Sie in der Vergangenheit dem Arbeitskreis Steuerschätzung gefolgt sind und, wie ich eben sagte, die Steuern zeitweise um 3,6 Milliarden € zu hoch eingeschätzt haben. Das Problem für Nordrhein-Westfalen besteht doch nicht in der Schätzung

der Steuereinnahmen, sondern das Problem für Nordrhein-Westfalen besteht darin, dass Sie – das ist die fatale Folge für unser Land – auch die Ausgaben an diesen aufgeblasenen Steuereinnahmeerwartungen orientiert haben. Ohne diese Ausgabenorientierung an zu hohen Steuern hätten wir jetzt nicht die Verschuldung, mit der sich unser Land und die neue Regierung herumschlagen müssen. Ohne diese Verschuldung in den letzten Jahren müssten wir heute überhaupt keine neuen Kredite aufnehmen, weil wir allein für die Zinsen für die alten Kredite mehr bezahlen müssen, als heute noch an Nettokreditaufnahme nötig ist. Das erschwert die Sanierung dieses Landes.

Wir sollten diesen Nachtragshaushalt mit Freude beschließen, zur Kenntnis nehmen, dass sich die finanzielle Situation dieses Landes peu à peu verbessert, dass die Nettokreditaufnahme sinkt, aber weiter sinken muss. Gleichzeitig haben wir das Privileg festzustellen, dass, obwohl der Haushalt insgesamt saniert wird, Maßgebliches für die Menschen in unserem Land erreicht wird. Also: Die Haushaltskonsolidierung gelingt, und gleichzeitig glückt es, für Kinder und Jugendliche gerade in den Schulen viel mehr Geld auszugeben, als das bisher der Fall gewesen ist.

Das braucht Nordrhein-Westfalen für die Zukunft: zweimal mehr Generationengerechtigkeit, einmal durch weniger Belastung der künftigen Generationen durch Zinsen auf das, was wir heute verbrauchen, und zum Zweiten – ein sehr wichtiges Anliegen von Generationengerechtigkeit –, indem wir den jungen Menschen endlich mehr Bildung in ihr Leben geben, anders, als das früher der Fall gewesen ist. An beiden Stellen erleben wir in diesem Jahr große Erfolge für Nordrhein-Westfalen. Deswegen ist es auch richtig, dass Nordrhein-Westfalen in den Zeitungen als das Aufsteigerland 2006 beschrieben wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dintther: Danke schön, Herr Klein. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Sagel.

(Zurufe von der CDU)

Rüdiger Sagel¹⁾ (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die Unruhe in der CDU scheint schon zu wachsen, sobald ich nach vorne gehe; ich weiß gar nicht, was los ist.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall von den GRÜNEN)

Aber Sie haben in der Tat Grund, unruhig zu sein. Herr Klein, wenn man Sie so hört, kann man tatsächlich den Eindruck gewinnen, Sie sind für Steuererhöhungen. Denn das, was Sie uns gerade erzählt haben, mehr Steuern bedeuteten eine bessere Situation fürs Land, ist schon sehr interessant. Ich muss in einem einzigen Punkt dem Lebenslügendetektor der CDU, nämlich dem Ministerpräsidenten, der leider heute nicht da ist, Recht geben: Natürlich führen Steuersenkungen nicht automatisch dazu, dass mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Unternehmen machen das nämlich nicht.

(Dr. Jens Petersen [CDU]: Was? Das ist doch Unsinn!)

– Sicher ist das so! Schauen Sie sich doch einmal die Großunternehmen an: Man entlässt weiterhin Tausende von Leuten. Das ist immer noch – auch wenn wir auch im Augenblick einen Konjunkturaufschwung haben – die reale Politik.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber – das ist der entscheidende Punkt – dass die Situation bei diesem Nachtrag zum Haushalt 2006 und auch im Jahr 2007 so viel besser ist, ist doch nicht auf Ihre Politik zurückzuführen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ganz im Gegenteil! Sie haben doch die Zukunft verschlafen. Selbst die konservative „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, im Land nicht gerade als linke Zeitung bekannt, sagt, der wirtschaftliche Aufschwung sei vor allen Dingen auf die Umwelttechnologien und die Innovationen in diesem Bereich zurückzuführen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist doch gerade nicht Ihrer Politik zu verdanken. Diesen Aufschwung haben doch ganz andere in diesem Land gebracht.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Genau! Während Sie von der Koalition wieder mehr Atomstrom wollen!)

Herr Klein, ein weiterer Punkt zu dem, was Sie hier angesprochen haben: Sie sind ja in einer glücklichen Situation. Die Steuerschätzer haben sich das erste Mal seit über zehn Jahren tatsächlich nach unten – und nicht wie sonst nach oben – verschätzt. Im Haushalts- und Finanzausschuss hat Frau Staatssekretärin Marienfeld, die auch schon unter Herrn Steinbrück im Finanzministerium tätig war, selber gesagt: Wir machen hier eine seriöse Politik. Wir beziehen uns nämlich auf das, was die Steuerschätzer uns sagen. – Nichts ande-

res macht das Ministerium von Herrn Linssen jetzt auch. Er bezieht sich auf das, was die Steuer-schätzer ihm vorgeben.

Wir haben es jetzt das erste Mal erlebt – deswe- gen ist unser Finanzminister im Moment ein Glücksritter –, dass die Steuerschätzung tatsäch- lich zu gering war und es in Wirklichkeit zu Mehr- einnahmen kam. Das ist die Situation. Das ist rei- nes Glücksrittertum. Das hat mit Ihrer Haushalts- politik überhaupt nichts zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Realität sieht doch wie folgt aus – das gilt für den Nachtragshaushalt 2006, über den wir uns hier gerade unterhalten, allemal –: „Versprochen – gebrochen“. Das ist die Politik. Wir haben einen massiven Abbau sozialer Errungenschaften er- lebt. Es gibt weniger Chancen für Kinder in Nord- rhein-Westfalen.

(Ralf Witzel [FDP]: Falsch! – Volkmar Klein [CDU]: Das Gegenteil ist der Fall!)

Meine Kollegin von der SPD hat das auch noch einmal sehr deutlich gesagt. Das ist die angeblich so soziale Politik des Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers.

Besonders heftige Kürzungen sieht der Haushalt 2006 nach wie vor im Kinder- und Jugendbereich vor. Bei den Sachkosten der Kindertagesstätten haben Sie massive Kürzungen in Höhe von 116 Millionen € vorgenommen – obwohl wir im Jahr 2006 das „Jahr des Kindes“ haben. 21 Millio- nen € haben Sie im Landesjugendplan gekürzt.

Das alles geschah entgegen Ihren vorher ge- machten Aussagen. Damals haben Sie sogar die Volksinitiative unterstützt, die darauf gesetzt hatte, dass der Kinder- und Jugendbereich wieder mas- siver gefördert wird. Sie haben Ihre Versprechen gebrochen. Das ist die Realität.

Von den 116 Millionen € belasten insbesondere 84 Millionen € die Kommunen ganz direkt, weil nicht gezahlte Elternbeiträge nicht mehr im Rah- men der sogenannten Ausgleichszahlung vom Land ausgeglichen werden. Das heißt konkret, dass es zu Höherbelastungen der Eltern kommen wird, die ihre Kinder in Kindertagesstätten unter- bringen.

Natürlich unterstützen wir den Kurs hin zu einer Haushaltskonsolidierung. Wir finden es auch rich- tig, die Steuermehreinnahmen vollständig für die Senkung der Nettoneuverschuldung zu verwen- den. In diesem Punkt – das ist aber auch der ein- zige Punkt – stehen wir voll an der Seite des Fi- nanzministers. Deswegen haben wir als Grüne mit

unserem Konzept die Nettoneuverschuldung noch weiter gesenkt – im Gegensatz zu dem, was Sie hier gemacht haben. Wir sind 100 Millionen € un- ter Ihrem Ansatz geblieben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wäre es nach uns gegangen, hätten wir hier noch weniger Neuverschuldung. Denn eines ist klar: Wir müssen für verfassungsgemäße Haushalte sorgen. – Das haben Sie mit dem Haushalt 2006 entgegen Ihren Versprechungen nicht hinkom- men.

Herr Biesenbach, da brauchen Sie gar nicht zu grinsen. Sie haben nichts damit zu tun, dass die Haushaltsverbesserungen eingetreten sind. Das ist allein dem wirtschaftlichen Aufschwung zu ver- danken. Mit dieser Geschichte haben Sie wirklich gar nichts zu tun.

Sie haben auch im Haushalt 2007 ganz klar fal- sche Prioritäten gesetzt. Wir haben in den Haus- haltsberatungen über 130 Änderungsanträge ge- stellt – das muss man sich einmal vorstellen! –, um in diesem Land auf einen sozial gerechteren und ökologischeren Kurs zu kommen.

Sie machen nämlich weiterhin „Rinder statt Kin- der“ und fördern die Landwirtschaftskammern. Sie haben bei den Landwirtschaftskammern Rhein- land und – bei uns in Münster – Westfalen massiv um über 20 Millionen € aufgestockt. Sie haben da mehr als 20 Millionen € hineingesteckt, um weite- ren Bürokratieaufbau zu betreiben.

Die selbst ernannten Bürokratieabbauer von der FDP – die hier wieder einmal nicht zuhören, son- dern Privatgespräche führen – sagen kein Wort dazu, sondern schauen zu, wie hier Bürokratis- mus aufgebaut wird.

Das ist Ihre Politik. Sie machen genau das Ge- genteil von dem, was Sie versprochen haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Von Subventionsabbau im Agrarbereich keine Rede, sondern „Rinder statt Kinder“. Das ist Ihre Politik. Sie kürzen bei den Kindertagesstätten und stecken das Geld in die Ministerialbürokratie und in die Landwirtschaftskammern. Das ist Ihre Poli- tik, die Sie in Nordrhein-Westfalen betreiben.

Man muss sehen: Wir hatten auch in den Jahren 2001/2002 massive Haushaltsprobleme – natür- lich, denn die Konjunktur war damals völlig herun- tergegangen. Sie haben jetzt 5,3 Milliarden € mehr Steuereinnahmen, als wir zum Beispiel im Jahr 2001 hatten. Das muss man sich einmal vor- stellen: über 5 Milliarden € mehr Steuereinnah-

men! Trotzdem schaffen Sie es nicht, Ihre Versprechen tatsächlich einzuhalten.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock?

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Ja. Herr Ellerbrock soll einmal fragen, wenn er etwas Gescheites hat.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Ellerbrock. Sie haben das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Schönen Dank. – Herr Oberlehrer, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass die FDP nicht Privatgespräche, sondern Gespräche über Ihre Aussagen führt – man fragt sich nämlich: worüber reden Sie? –, und dass die FDP das Konzept hinsichtlich der Landwirtschaftskammer als Bürokratieabbau bezeichnet und dieses Konzept voll mitträgt?

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Ich habe die Frage überhaupt nicht verstanden. Was ist Ihre Frage? Sie sollen eine Frage stellen. Sie sollen hier kein Statement für die FDP abgeben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der CDU: Die Frage war eigentlich klar!)

– Er hat nichts gefragt.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Oberlehrer, dann darf ich das wiederholen. Ich habe gefragt, ob Sie zur Kenntnis nehmen würden, dass die FDP das Entbürokratisierungskonzept hinsichtlich der Landwirtschaftskammer inhaltlich und formal voll mitträgt. Das zu verstehen, ist die intellektuelle Leistung. Ich bitte Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Mein Gott!)

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Ich kann das nicht zur Kenntnis nehmen, weil es einfach nicht stimmt, was Sie hier erzählen. Sie liegen auch im Haushalt 2007 immer noch über dem, was wir den Landwirtschaftskammern zugestanden haben. Das ist die Realität, die wir hier vorfinden. Sie haben im Nachtragshaushalt 2006 über 20 Millionen € mehr in die Landwirtschaftskammern hineingesteckt.

Sie betreiben völlig falsche Politik: Sie kürzen bei den Kindertagesstätten und im Jugendbereich

und stecken das Geld in die Landwirtschaftskammern. Das ist Ihre Politik.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch an anderer Stelle ist das so. Schauen wir uns einmal den Sozialbereich an: Dort haben Sie bereits massiv abgebaut, und auch im Jahr 2007 geht das so weiter. Wir werden uns morgen im Detail damit beschäftigen, wo weiter massive Kürzungen vorgenommen werden.

Schauen wir uns auch das an, was Sie in anderen Bereichen machen: Die CDU verabschiedet in Berlin die Mehrwertsteuererhöhung. Das wird die Leute hier im Land noch zusätzlich belasten. Die Erhöhung um 3 % ab dem 1. Januar 2007 trifft auch die kleinen Leute, die sozial Schwächeren. Von „Robin Rüttgers“ kann keine Rede sein. Das ist der Sheriff vom Nottingham Forest, der hier in Nordrhein-Westfalen Politik macht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist doch ein Witz: Seine reale Politik hier ist der Sozialabbau, und in Berlin tut er so, als sei er der soziale Robin Hood, der der sich für die kleinen Leute einsetzt. Das ist Quatsch, das ist Unsinn! Ihre reale Politik in Nordrhein-Westfalen ist genau das Gegenteil.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Sagel. – Für die FDP spricht nun Herr Dr. Orth.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Sagel! Aus dem Haushalts- und Finanzausschuss sind wir das von Ihnen schon gewohnt. Die Presse ist erst gar nicht erschienen. Man kennt es von Ihnen: Sie reden und reden, sagen aber eigentlich nichts zur Sache.

(Beifall von FDP und CDU)

Insofern konnten Sie natürlich auch den Einwurf des Kollegen Ellerbrock nicht verstehen.

Der vorliegende Nachtragshaushalt 2006 kommt jedenfalls unserem Teilziel, nämlich der zügigen Einhaltung der Verfassungsgrenze, ein ganzes Stück näher und führt uns natürlich auch in die Nähe unseres Endziels, keine Nettoneuverschuldung mehr zu haben.

Meine Damen und Herren, SPD und Grüne haben in den letzten Jahren eben ohne ein solches Ziel Politik gemacht. Sie haben immer nur auf die Steuerschätzungen geachtet. Sie haben von Fall

zu Fall reagiert, aber Sie haben eben kein Gesamtkonzept verfolgt. Wir verfolgen ein solches Gesamtkonzept und lassen uns auch nicht von einer guten oder schlechten Steuerschätzung auf dem Weg dorthin von unserem Kurs abbringen. Das unterscheidet uns von Ihnen beiden.

Mit der Verabschiedung des Haushalts 2006 im Frühjahr haben wir zwar noch mit 2,3 Milliarden € die Kreditverfassungsgrenze überschritten; wir konnten aber inzwischen unter 1 Milliarde € gehen.

Man mag es der CDU vorhalten, ich habe aber nichts davon gehört, dass der Kollege Klein Steuererhöhungen gefordert habe. Ich weiß nicht, wie Sie das wahrnehmen konnten. Ich habe ihn jedenfalls so nicht verstanden.

Dank des eingeschlagenen finanzpolitischen Kurswechsels wird ein Nachtragshaushalt vorgelegt, der nicht durch eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung gekennzeichnet ist. Das heißt, dass wir uns von einer Nettoneuverschuldung in Höhe von über 6 Milliarden €, so wie sie in den letzten vier Jahren der Fall gewesen war, endgültig verabschiedet haben. Wir verlangsamten mit dem Nachtragshaushalt das Schuldenwachstum eindeutig.

Außerdem bedeutet der Nachtragshaushalt ein neues finanzpolitisches Zeitalter, bei dem nicht nur die Haushaltsaufstellung den Schein der Verfassungsmäßigkeit wahrt, sondern auch die Nachtragshaushalte sind im Nachhinein entsprechend überprüfbar.

Die Senkung der Nettoneuverschuldung umfasst 1,5 Milliarden €. Das ist ein sehr wichtiger Aspekt, den es näher zu betrachten gilt. Wir haben uns mit unserem Koalitionspartner darauf verständigt, dass die Steuereinnahmeentwicklung vorsichtig kalkuliert werden muss. Das Prinzip des vorsichtigen Kaufmanns ist der optimistischen Steuereinschätzung von Rot-Grün gerade gewichen.

Das Prinzip des vorsichtigen Kaufmanns greift mit Erfolg, meine Damen und Herren. Wir müssen mit dem Nachtragshaushalt keine Ausgabenlöcher stopfen, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Nein, ganz im Gegenteil: Die verzeichneten Steuermehreinnahmen in Höhe von 1,2 Milliarden € verwenden wir insbesondere zur Senkung der Nettoneuverschuldung. Wir stehen in dieser Hinsicht an der Seite des „eisernen Helmut“ und unterstützen seine finanzpolitischen Maßnahmen ausdrücklich.

(Beifall von FDP und CDU)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf die Debatte in der letzten Haushalts- und Finanzausschusssitzung zur Ergänzungsvorlage des Haushalts 2007 eingehen, denn es handelte sich um eine vermischte Debatte, bei der auch schon über den Nachtragshaushalt 2006 gesprochen wurde.

Sehr geehrte Frau Walsken, Ihre Anschuldigungen gegenüber dem Finanzminister, er habe „Bilanzfälschung auf dem Rücken der Kinder und Jugendlichen“ betrieben

(Beifall von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Da stehen wir zu!)

– so war es jedenfalls in der „Welt am Sonntag“ vom 5. November nachzulesen –, haben mich wirklich sehr erstaunt. Denn wir haben insgesamt mehr für Kinder und Jugendliche ausgegeben.

Das zeigt aber natürlich, dass Rot-Grün immer nur auf einzelne Haushaltspositionen achtet, jedoch weder fähig noch in der Lage ist, eine Gesamtschau über den Haushalt vorzunehmen. Diese Gesamtschau nehmen wir aber vor, und da lassen wir uns von Ihnen keine falschen Rechnungen vorlegen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Was hat man Ihnen denn da aufgeschrieben?)

Sie von der SPD-Fraktion halten dem Finanzminister vor, dass er sich arm rechne. Sie werfen ihm auch noch vor, dass die Steuermehreinnahmen bei 1,48 Milliarden € lägen. So durften wir es jedenfalls im „Kölner Stadt-Anzeiger“ lesen.

(Zuruf von der SPD)

– Das ist Ihre Ansicht, die die Experten nicht teilen. Wir glauben an dieser Stelle eher den Experten als denen, die es über Jahrzehnte nicht bekommen haben.

(Beifall von FDP und CDU)

NRW leidet unter der angespannten Finanzlage. Ein Schuldenberg von über 113 Milliarden € verdeutlicht, dass unsere Handlungsfähigkeit leider sehr begrenzt ist. Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, werfen uns vor, dass wir eine unsoziale Haushalts- und Finanzpolitik betreiben.

(Ursula Meurer [SPD]: Ja!)

Sie fordern, dass ein Teil der Steuermehreinnahmen nicht zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung verwendet werden soll, sondern für die Finanzierung von Programmen zum Wohle unserer Bürger beziehungsweise unserer Kinder.

(Gisela Walsken [SPD]: Ein Prozent davon!)

Sie glauben anscheinend immer noch, dass NRW handlungsfähiger ist, als es in der Realität der Fall ist. Diesem Gedanken können wir jedenfalls nicht folgen. Wir sind der Ansicht, dass wir die günstige Situation der Steuereinnahmen dazu nutzen müssen, um die Schuldenlast zu senken, die im Moment 6.270 € je Bürger in unserem Land beträgt.

(Heike Gebhard [SPD]: Warum gestehen Sie das den Kommunen nicht zu?)

Wir möchten dauerhaft für zukünftige Generationen Handlungsspielräume schaffen, statt kurzfristig zu konsumieren. Man kann auch sagen: Natürlich möchte man gerne die dicke Torte essen. Aber wir nehmen den Blechkuchen, damit wir uns diesen auch noch auf Dauer leisten können, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Es ist sicher unstrittig, dass wir bei diesen Sparmaßnahmen Opfer bringen müssen. Wir haben Einsparungen im Haushalt 2006 vorgenommen, die auch wir gerne so nicht vorgenommen hätten, wenn wir mehr Möglichkeiten gesehen hätten. Aber wir glauben, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind.

Sie von der SPD dagegen sind die Einzigen, die sich an einer strikten Haushaltskonsolidierung nicht beteiligen. Die Grünen machen wenigstens noch Einsparvorschläge. Aber ich frage Sie allen Ernstes: Wo wollen Sie denn eigentlich einsparen? Sie kennen immer nur eines: mehr ausgeben, mehr in den Umlauf bringen. Sie haben immer noch nicht verstanden, dass Keynes schon lange tot ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Wir sind mit dem Nachtragshaushalt sicherlich noch lange nicht über den Berg. Mehrere Kennzahlen verdeutlichen uns, dass wir zwar Fortschritte erzielt haben, aber noch harte Arbeit vor uns liegt, um den Haushalt zu sanieren.

So erfreulich es auf der einen Seite ist, so alarmierend ist es auf der anderen Seite, dass wir 280 Millionen € weniger in den Länderfinanzausgleich einzahlen müssen als veranschlagt. Wir müssen in diesem Jahr voraussichtlich 345 Millionen € in den Länderfinanzausgleich einzahlen. Nach Auskunft des Finanzministeriums belegen wir damit Rang 5 der fünf Geberländer. Wir hinken der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland leider immer noch hinterher. Die Arbeitslosigkeit ist unter eine Million gefallen. Der Trend zur sinkenden Arbeitslosigkeit ist da. Eine

Arbeitslosenquote von 10,6 % ist uns aber immer noch viel zu hoch.

Wir begrüßen als FDP daher ausdrücklich die Maßnahmen, die sich auf die Minderausgaben im Haushalt beziehen. Die Haushaltsumschichtungen erfolgen haushaltsneutral. Das ist begrüßenswert. Sie gefährden den Konsolidierungszweck nicht.

Lassen Sie mich zum Schluss noch kurz ein Wort zu den Schulden verlieren. Neben NRW kämpfen auch andere Länder und kämpft der Bund mit massiven Schuldenproblemen. Die Maastricht-Kriterien konnten mehrere Jahre lang nicht eingehalten werden. In diesem Jahr werden wir die Maastricht-Kriterien zum ersten Mal wieder einhalten. Das ist erfreulich.

(Beifall von der FDP)

Die Schuldenentwicklung der öffentlichen Haushalte in den letzten Jahren ist sehr bedenklich. Eine Debatte um strengere Verschuldensregeln ist mittlerweile aufgrund unserer Initiative nicht nur hier im Landtag entfacht worden. Sie ist länderübergreifend ein Thema. Wir begrüßen, dass die Finanzminister von Bund und Ländern übereingekommen sind, für öffentliche Haushalte strengere Verschuldensregeln zu schaffen.

Anfang des Jahres 2007 wollen die Finanzminister über Vorschläge zur Einführung einer gesetzlichen Schuldenbremse beraten. Das halten wir für sehr gut. Wir sind der Ansicht, dass neben der Einführung von Verschuldensregeln auch die Finanzbeziehungen auf den staatlichen Ebenen neu geregelt werden müssen. In diesem Sinne sehen wir den Nachtragshaushalt 2006 als einen Zwischenschritt zu unserem Ziel einer Verabschiedung von der Nettoneuverschuldung an. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Orth. – Für die Landesregierung spricht nun Wirtschaftsministerin Frau Thoben in Vertretung für Herrn Finanzminister Linssen.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ich mich nach 39 Jahren der Regierung in der Opposition wiederfände

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– seien Sie ganz ruhig, Frau Kraft – und dann Mitglied der SPD-Fraktion wäre,

(Ralf Jäger [SPD]: Wir nehmen nicht jeden auf! Nicht jeden! – Weitere Zurufe von der SPD)

müsste ich heute mit drei Zitaten beginnen. Das erste lautet sinngemäß: Was hat das arme Kind von heute von einem zukünftig ausgeglichen Landeshaushalt? – So sagte Herr Schartau. Dass er mit dieser Auffassung nicht alleine ist, unterstreicht Frau Walsken heute. Sie können überhaupt nicht in Generationengerechtigkeit denken. Das ist Ihnen fremd.

(Beifall von CDU und FDP)

Das zweite Zitat lautet: „Es wäre ein Treppenwitz, wenn wir aus der Kohle springen, wo es sich fast wieder lohnt.“ – So sagte Herr Müntefering gestern.

(Ralf Jäger [SPD]: Wenn der Herr Linssen nicht da ist, wird es nicht besser!)

Das dritte Zitat kann ich Ihnen nicht ersparen: Die Erde ist eine Scheibe. – Passen Sie auf, dass Sie Desinformation nicht zu Ihrer Kernkompetenz entwickeln!

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren! Ich bin Mitglied der Landesregierung

(Gisela Walsken [SPD]: Es ist doch schade, dass Herr Linssen krank ist! Verdammt schade! Das tut mir richtig leid!)

und vertrete heute den Finanzminister gern. Er ist Hort von Solidität und Nachhaltigkeit.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Anlass für die Einbringung des Nachtragshaushalts 2006 waren zwangsläufige, weil rechtlich verpflichtende Mehrausgaben in Höhe von insgesamt 120 Millionen €. Gleichzeitig wurden Haushaltsverbesserungen aus Steuermehreinnahmen und Minderausgaben im Rahmen des Länderfinanzausgleichs etatisiert, soweit sie zum Zeitpunkt der Einbringung absehbar waren. Der Nachtrag folgt dem strikten Konsolidierungskurs der Landesregierung und orientiert sich an folgenden Leitlinien:

(Ralf Jäger [SPD]: Ist das jetzt die Rede von Herrn Linssen, ja?)

Zwangsläufige Mehrausgaben werden in vollem Umfang durch Minderausgaben bzw. durch nichtsteuerliche Mehreinnahmen gedeckt. Steuermehreinnahmen und Minderausgaben beim Länderfinanzausgleich werden vollständig zur Absenkung der Nettoneuverschuldung eingesetzt.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Wir haben die Haushaltsverbesserungen entsprechend von insgesamt 1,48 Milliarden € in vollem Umfang für die Reduzierung der Neuverschuldung verwendet. Diese sinkt dadurch von gut 5,6 Milliarden € auf gut 4 Milliarden €.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie alle wissen: Bei der Kalkulation der Steueransätze handelt es sich um Schätzungen. Dies bedeutet: Den einen richtigen Ansatz gibt es nicht. Vielmehr muss eine Risikoabwägung vorgenommen werden.

In seinem Ende Oktober veröffentlichten Bericht legt der Bundesrechnungshof der Bundesregierung nahe, nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre Sicherheitsabschläge von den Ergebnissen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vorzunehmen. Für ein einzelnes Land können Korrekturen darüber hinaus aus den unterschiedlichsten Gründen geboten sein.

(Ralf Jäger [SPD]: Sehr leidenschaftlich!)

– Dafür aber sachgerecht! – Im Finanzbericht Nordrhein-Westfalen sind diese Zusammenhänge seit Jahren unverändert detailliert dargestellt.

(Ralf Jäger [SPD]: Gruß an Herrn Linssen! Gute Rede!)

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Seiten A 31 ff. des Berichts 2007. Die Landesregierung stimmt insgesamt den Empfehlungen des Bundesrechnungshofs zu und hat sich daher für vorsichtige Haushaltsansätze entschieden.

Die in den vergangenen Wochen und Monaten von den Oppositionsfraktionen inszenierte Diskussion um die Höhe des Steueransatzes halte ich für ein Scheingefecht. Es soll von den wahren Problemen des Landeshaushalts ablenken. Das sind in erster Linie die in den vergangenen Jahrzehnten aufgehäuften Schulden und die daraus resultierende Zinsbelastung von zurzeit 4,7 Milliarden € jährlich. Zinsen!

Anstatt konkrete Vorschläge für eine dauerhafte Konsolidierung des Haushalts vorzulegen, versuchen Sie uns vorzugaukeln, dass die konjunkturell bedingten Steuermehreinnahmen neue Ausgabenspielräume eröffnen. Dem widerspreche ich entschieden. Auch wenn die Nettokreditemächtigung durch den Nachtragshaushalt um fast 1,5 Milliarden € zurückgeführt werden kann, übertrifft die für 2006 vorgesehene Nettoneuverschuldung die eigenfinanzierten Investitionen weiterhin um 776,2 Millionen €.

Das heißt: Es ist uns nach wie vor objektiv unmöglich, unsere in der Landesverfassung verankerten Aufgaben zu erfüllen und gleichzeitig die Regelobergrenze der Kreditaufnahme einzuhalten.

Mit dem Haushalt 2007 können wir dieses Etappenziel wieder erreichen. Allerdings bedeutet dies zunächst nur, dass wir das Verschuldenstempo drosseln. Bis der Landeshaushalt ohne die Aufnahme von Krediten ausgeglichen werden kann, ist es noch ein weiter und vermutlich schwieriger Weg. Auch in den nächsten Jahren werden die Gesamtverschuldung des Landes und damit die Zinsausgaben weiter ansteigen. Nur mit einer Fortsetzung unseres strikten Konsolidierungskurses können wir diesen Kreislauf durchbrechen.

Deshalb sieht die Landesregierung keinen Raum für neue Begehrlichkeiten. Insbesondere dürfen konjunkturelle Steuermehreinnahmen nicht zum Anlass genommen werden, dauerhaft neue Ausgabenverpflichtungen zu begründen.

Zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Nachtragshaushalts im Kabinett kannten wir das Steuerergebnis der ersten drei Quartale. Die bis dahin aufgelaufenen überplanmäßigen Einnahmen wurden etatisiert. Dabei stand immer fest, dass möglicherweise zusätzlich eingehende Steuereinnahmen ebenfalls in den Abbau der Neuverschuldung fließen sollen. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben hier nie einen Zweifel aufkommen lassen.

Heute kennen wir die Steuerergebnisse von Oktober und November. Der Oktober brachte gegenüber dem Vorjahresmonat ein Plus von knapp 300 Millionen €. Der November erreichte gerade das Vorjahresniveau. Der Dezember sieht zurzeit recht zufriedenstellend aus. Eine abschließende Bewertung ist noch nicht möglich, da im Kas senfluss deutliche Verzerrungen vorliegen: Der Dezember 2006 hat zwei Arbeitstage weniger als der Vergleichsmonat des Vorjahres. Außerdem muss berücksichtigt werden, dass gerade in den letzten Tagen des Vorjahres außergewöhnlich hohe Steuerzahlungen kassenwirksam wurden.

Natürlich hoffen wir, im nächsten Jahr einen noch besseren Haushaltsabschluss vorlegen zu können. Angesichts einer Gesamtverschuldung von 113 Milliarden € und einer jährlichen Zinsbelastung von etwa 4,7 Milliarden € hoffen wir auch, dass damit eine weitere Absenkung der Neuverschuldung verbunden sein wird. Nur durch eine dauerhafte Absenkung der Neuverschuldung können wir die finanzpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte meistern.

Frau Walsken, auch wenn Sie es nicht hören wollen: Das sind Investitionen in die Kinder und in die kommende Generation.

(Gisela Walsken [SPD]: Der Landesjugendplan auch, auch wenn Sie es nicht hören wollen, Frau Ministerin! – Weitere Zurufe von CDU und SPD)

Es ist übrigens völlig egal, woher der Aufschwung kommt: Freuen Sie sich mit uns, dass er da ist! Und wirken Sie daran mit, dass wir ihn durch vernünftige Politik nachhaltig gestalten können!

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Ministerin. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zum Schluss der Beratung.

Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 14/3070, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/2840** unverändert **in zweiter Lesung** anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und die SPD. Damit ist diese Beschlussempfehlung mit Mehrheit **angenommen**.

Meine Damen und Herren, gemäß § 73 Abs. 2 der Geschäftsordnung sind Gesetzentwürfe zum Haushaltsgesetz in drei Lesungen zu beraten. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die dritte Lesung des Nachtragshaushaltes unmittelbar im Anschluss an die zweite Lesung durchzuführen.

Beratungsgrundlage für die dritte Lesung ist die Beschlussempfehlung und der Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung Drucksache 14/3070. Eine Debatte ist in der dritten Lesung nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 14/3070, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/2840** unverändert anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Dann ist auch das **in dritter Lesung** mit großer Mehrheit **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt